



Gruppe PRO Deutschland im Rat der Stadt Remscheid
Lange Str. 33 · 42857 Remscheid

Herr Oberbürgermeister
Burkhard Mast-Weisz
Theodor-Heuss-Platz 1
42853 Remscheid

Remscheid, den 13. November 2015

Es schreibt Ihnen
Andre Hüsgen

Telefon
(02191) 3 74 25 80

E-Mail
ratsgruppe.remscheid@pro-deutschland.net

Resolutionsantrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitten nehmen Sie unseren folgenden Antrag mit auf in die Tagesordnung zur Ratsitzung am 26. November 2015.

Schaffung einer Stadtpolizei nach hessischem Vorbild

Inhalt

Der Rat der Stadt richtet an den Gesetzgeber auf Landesebene den Appell, die Rechtsgrundlage der kommunalen Ordnungsämter nach dem Vorbild Hessens so zu erweitern, dass auch in Nordrhein-Westfalen Stadtpolizeien entstehen, die der Landes- und Bundespolizei aktiv zuarbeiten und im Bedarfsfall Arbeitsentlastungen tätigen können.

Begründung

Der Artikel „Hürden bei der Abschiebung“ in der Rheinischen Post vom 10. November 2015 (<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/remscheid/huerden-bei-der-abschiebung-aid-1.5547405>) ist letztlich eine Bankrotterklärung der Remscheider Kommunalpolitik. In Sachen dringend gebotener Abschiebungen nicht im Inland aufenthaltsberechtigter Ausländer versagt die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Land und Bund nahezu vollständig. Um eine Lösung des Problems herbeizuführen, sind eine zu schaffende Stadtpolizei gemeinsam mit der Landespolizei mit einem Auftrag zu versehen, das gesamte Gebiet der Kommune nach nicht aufenthaltsberechtigten Ausländern abzusuchen. Die zu schaffende Stadtpolizei wie auch die bestehende Ausländerbehörde muss mit den Inlandsgeheimdiensten von Bund und Ländern vernetzt werden, um im Bedarfsfall unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel flüchtige Abschiebungskandidaten ausfindig zu machen. Auch in anderen Bereichen der Kriminalitätsbekämpfung kann eine zu schaffende Stadtpolizei zur wertvollen Hilfe für Landes- und Bundespolizei werden.

Andre Hüsgen
Ratsgruppensprecher
Bürgerbewegung PRO Deutschland